

Do. 11. I. 68

SDS SDS SDS SDS SDS SSS SDS SSS SSS

WAS VERSTEHEN REKTOR UND SENAT UNTER DEMOKRATISCHER DISKUSSION UND ÖFFENTLICHKEIT ?

Der Senat hat für Freitag, den 12. 1. 1968, 13.00 Uhr, Hörsaal V zu einer "Öffentlichen Informations- und Fragestunde" eingeladen.

Diese findet unter folgenden von Rektor und Senat auferlegten Bedingungen statt:

- beantwortet werden nur Fragen, die eine Woche zuvor schriftlich eingereicht worden sind.
- es besteht nicht die Möglichkeit, den Antworten des Senats zu entgegen; erlaubt sind lediglich "mündliche Zusatzfragen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Anfrage stehen sollen".
- es besteht keine Möglichkeit, sich dem Frage- Antwort- Zwang zu entziehen und eine unreglementierte freie Diskussion zu führen.

Rektor und Senat haben also die Möglichkeit, eingegangene Fragen auszuwählen, zu zensieren und inhaltlich zu manipulieren.

Rektor und Senat haben darüber hinaus zu einer "öffentlichen" Senatssitzung eingeladen. Sie diktieren folgende Bedingungen:

- nur geladene Gäste haben Zutritt. Von den 300 Eintrittskarten werden jeweils 150 an die Professoren und 150 an die Studenten verteilt
- Rektor und Senat verstehen unter Öffentlichkeit, daß AstA und Rektorat gemeinsam an den Türen die Eintrittskarten kontrollieren, um zu gewährleisten, daß die Öffentlichkeit, also die Mehrheit der Studenten ausgeschlossen wird.
- Rektor und Senat verstehen unter demokratischer Diskussion, daß die Beteiligung der 'Öffentlichkeit' an der Diskussion zu den verschiedenen Themen auf 30 min beschränkt wird und keine Stellungnahme die Dauer von 2 min überschreiten darf.

Auf die Forderung des Studentenparlaments, eine unbeschränkte Öffentlichkeit herzustellen, reagierte der Rektor damit, die Öffentlichkeit überhaupt abzusagen.

Rektor und Senat wagen es, der Studentenschaft eine völlig unter ihrem Diktat stehende Diskussion zu den Fragen der Hochschulsatzung, der studentischen Mitbestimmung, den Disziplinarverfahren gegen Studenten und dem vorläufigen Verbot des SDS anzubieten, nachdem die Entscheidungen darüber schon weitgehend getroffen sind.

Nachdem Rektor und Senat unter dem Druck einer breiten studentischen Protestöffentlichkeit an unserer Universität sich der Diskussion nicht mehr entziehen können, versuchen sie, ihre nicht legitimierbaren feudalen Machtpositionen durch scheindemokratische Zugeständnisse zu erhalten. In landesherrlicher Manier gewähren sie ihren studentischen Untertanen großzügig Audienzen. Die Studenten dürfen nachträglich akzeptieren, was im Vorhinein über sie verfügt wurde.

In Wirklichkeit hat der Rektor dieser Universität den Boden gewaltloser Diskussion längst verlassen und zu Mitteln der Unterdrückung Zuflucht genommen. Während er gewaltlose Protestversammlungen der Studenten als terroristisch diffamiert, greift er selbst zu Terrormaßnahmen. Gegen 8 Studenten, die sich an go- und teach-ins beteiligten, hat er inzwischen bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt; den betroffenen Studenten drohen empfindliche Gefängnisstrafen.

In verschiedenen teach-ins haben mehrere tausend Studenten der Frankfurter Universität in demokratischer Abstimmung Rektor und Senat aufgefordert, demokratische Grundnormen durch die Gewährung paritätischer Besetzung und uneingeschränkter Öffentlichkeit aller akademischen Gremien herzustellen und alle eingeleiteten Zwangsmaßnahmen rückgängig zu machen. In Wirklichkeit läßt Rektor Rüegg politische Opponenten zu Kriminellen stampeln.

-bitte wenden-

Mit diesen Unterdrückungsmaßnahmen haben Rektor und Senat demonstriert, daß sie nicht bereit sind, auf ihre Machtpositionen zu verzichten und demokratische Verhandlungsbedingungen herzustellen. Die Studenten können nicht mit Instanzen und Personen verhandeln, die zu gleicher Zeit Kommilitonen den Zwangsmaßnahmen politischer Strafjustiz aussetzen.

Wir rufen daher auf, die scheinheilige Informations- und Fragestunde in einen studentischen Protest gegen die Gewaltmaßnahmen von Rektor und Senat umzuwandeln.

-Keine Diskussion mit der Universitätsadministration, bevor diese nicht explizit auf alle Gewaltmaßnahmen verzichtet!

DIE STUDENTEN WERDEN IN DER INFORMATIONS- UND FRAGESTUNDE AM FREITAG, DEN 12. JAN. 1968, 13.00 UHR, HÖRSAAL V UNMISSEVERSTÄNDLICH DEMONSTRIEREN, DASS SIE NICHT BEREIT SIND DEM TERROR VON REKTOR UND SENAT WIDERSTANDSLOS HINZUNEHMEN!

BRECHT DIE DIKTATUR DER ORDINARIEN!

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS